



Von den einstigen Häftlingsbaracken zeugen nur noch Steine: KZ-Gedenkstätte Neuengamme
Foto: Angelika Warmuth

Endlich unabhängig

Hamburg verwandelt die KZ-Gedenkstätte Neuengamme in eine Stiftung. Das erlaubt Freiheit von politischen Einflüssen und bringt zusätzliches Geld vom Bund

Von Petra Schellen

Der Kultursenator kann dem Chef der KZ-Gedenkstätte Neuengamme ab sofort nicht mehr den Mund verbieten. Das hat Carsten Brosda (SPD) zwar noch nie getan. Aber möglich wäre es gewesen, weil der Neuengamme-Direktor bislang Angestellter der Kulturbehörde war.

Das ist seit dem 1. Januar anders: Als unabhängige „Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen“ fungiert Neuengamme nun mit den Außenstellen Bullenhuser Damm, Plattenhaus Poppenbüttel, Fuhsbüttel und Hannoverischer Bahnhof. Und ist auch künftigen Senatoren jedweder Partei nicht untergeordnet.

Abgesehen davon hatte auch der Bund, der die Gedenkstätte gemeinsam mit der Stadt Hamburg finanziert, stets darauf gedrungen, Neuengamme – wie etliche bundesweite Gedenkstätten – endlich zur Stiftung umzuformen. „Zur Belohnung“ gibt es ab sofort 580.000 Euro jährlich vom Bund obendrauf,

womit sich das Gesamtbudget der Stiftung auf gut vier Millionen Euro erhöhe“, sagt Detlef Garbe.

Er war bis Juni 2019 Direktor der Gedenkstätte, die seither Oliver von Wrochem leitet. Garbe sitzt nun im Vorstand der neuen Stiftung, die – wie Hamburgs Museen seit ihrer Umwandlung in Stiftungen – kein Stiftungskapital hat. Bei den Museen hatte das zu chronischen Defiziten geführt, „und diesen Fehler haben wir jetzt vermieden“, sagt Senator Brosda bei der Präsentation der Stiftung. Die Stadt Hamburg werde die zusätzlichen Kosten – für Ausgliederung, eigene Rechtsberatung und Personalabteilung – aufbringen. Dafür bekomme die Gedenkstätte Neuengamme zwei zusätzliche Stellen. Überschüssiges Geld werde in pädagogische Projekte fließen, sagt Garbe.

Er wird künftig für die Vernetzung der 75 einstigen Außenstellen des KZ Neuengamme sowie für die Debatte und die Sichtbarkeit von Gedenkkultur zuständig sein. „Das ist gerade in Zeiten des erstarkenden Rassismus

essenziell“, betont Brosda.

Auch der Bau des Dokumentationszentrums Hannoverischer Bahnhof am Lohseplatz, Hamburgs einstigem Deportationsbahnhof, soll im Februar 2020 beginnen. Es wird im Erdgeschoss eines Hotelkomplexes liegen und die an den Gleisre-

bedauert Garbe. Dort angemessen jener Widerstandskämpfer zu gedenken, die von der Gestapo brutal verhört wurden, sei von der Stadt „jahrzehntelang versäumt worden“, sagt Brosda. Nun könne man allenfalls beraten. Wann die bislang eher symbolische Ausstellung im dortigen Buchladen-Café vergrößert wird, weiß zum Beispiel niemand. Auch die Verlegung „blut“roter Gehwegplatten – als Ergebnis einer hektischen Ausschreibung nach öffentlichen Protesten – stockt. Man werde des Hamburger Widerstands also in der erweiterten Neuengammer Dauerausstellung und andernorts gedenken müssen, sagt Garbe.

Interner Widerstand gegen die Stiftungsarbeit ist indes nicht zu befürchten: Das Hamburger Stiftungsrecht fordert nicht, dass alle gewählten Parteien im Stiftungsrat vertreten sind. In Niedersachsen dagegen ist das Pflicht – weswegen die AfD 2018 nur durch eine Gesetzesänderung aus dem Stiftungsrat der Gedenkstätte Bergen-Belsen hatte drängen können.

„Die Stärkung des Gedenkens ist gerade in Zeiten des erstarkenden Rassismus essenziell“

Carsten Brosda, SPD-Kultursenator

ten angebrachten Gedenktafeln ergänzen.

Die Gestaltung des Stadthauses – der einstigen Gespo-Zentrale, die die Stadt an einen Investor vermietete und ihn bloß allgemein zu „Gedenkarbeit“ verpflichtete –, liege dagegen nicht in der Macht der Stiftung.

heute in hamburg

„Wir müssen diese Klischees loswerden“

Interview Thilo Adam

Konzert Eva Klesse Quartett und HOSHO. „Miniatures – Ten Songs for Chamber Jazz Quartet“, 20 Uhr, Yokoclub, Valentinskamp 47, Eintritt 10 Euro, ermäßigt 6 Euro

taz: Frau Klesse, zwölf Prozent: So gering ist der Anteil der Instrumentalistinnen an allen professionellen Jazzmusikern in Deutschland – niedriger als bei den Dax-Vorständen. Woran liegt das?

Eva Klesse: Wir suchen noch nach den entscheidenden Gründen. Inzwischen werden wir Musikerinnen aber mehr, dadurch gibt es Vorbilder. Junge Mädchen sehen, dass es möglich ist, zum Beispiel Schlagzeugerin zu werden – es gibt ja sogar ein Wort dafür!

Bei Ihnen hat es ohne Vorbild geklappt?
Ich war viel mit meinen Eltern auf Konzerten, hab das Schlagzeug gesehen und gedacht: cooles Instrument. Ich habe gefragt, ob ich das mal ausprobieren darf, und ich durfte. Damals mit elf hat mir zum Glück niemand gesagt: Willst du nicht lieber Instrument xy spielen? Und zu der Zeit lief der Film „Bandits“, da hat Katja Riemann Schlagzeug gespielt. Ich weiß noch, dass mich das sehr gefreut hat.

Im Jazz geht es musikalisch dauernd um Offenheit, warum kriegt die Szene das nicht auch im Sozialen hin?

Das ist wirklich Wahnsinn! Wir müssten eigentlich Vorreiter sein. Auch in anderen Bereichen, wo es um Diversität geht, wie Herkunft oder sexuelle Orientierung. Stattdessen gibt es leider auch noch das Machoding.

Das heißt, auf Sessions geht es darum: Wer ist der virtuoseste Spieler? Wer hat am härtesten geübt?

Zu oft ist es noch so. Wir müssen diese Klischees loswerden. Ich kenne genügend männliche Kollegen, die überhaupt keine Lust haben, sich breitbeinig auf die Bühnen zu stellen und abzudrücken. Der Kampf um Gleichberechtigung ist ja ein Kampf für alle.

Wie kann der gelingen?

Da müssen wir an vielen Stellen anknüpfen. Jazz ist akademisiert worden, man kann es studieren. Aber die Lürys bei den Aufnahmeprüfungen sind oft rein männlich. Und die entscheiden, wer reinkommt. Ich war bei meiner Berufung 2018 die erste Professorin für ein Jazzinstrumentalfach in Deutschland.

Mehr als 50 Jahre nachdem hierzulande zum ersten Mal Jazz an einer Hochschule unterrichtet wurde.

Die Skandinavier machen das besser. Dort kommen so viele fantastische Musikerinnen her, die Förderung ist einfach besser.

Wie hoch ist der Frauenanteil unter Ihren Studierenden aktuell?

Im Moment sind alle meine Hauptfachstudenten männlich.



Eva Klesse, 33, lehrt Jazzschlagzeug an der Musikhochschule Hannover

IT-Fachleute wollen nicht kommen

Der Senat versucht seit Jahren, mehr Informatiker*innen in die Stadt zu holen. Bisher läuft das schleppend

Von Sabrina Winter

Mit dem Programm „ahoi.digital“ hat sich Hamburg viel vorgenommen: 1.500 Studienplätze und 35 Professuren sollen in der Stadt entstehen – alle im Bereich Informatik. Die Wissenschaftsbehörde will Hamburg als „Top-Informatikstandort“ etablieren. Doch von diesem Ziel ist sie noch weit entfernt. Ende dieses Jahres endet die Förderlaufzeit des Programms. Aber von den geplanten 35 Professuren sind erst drei besetzt. Und statt 1.500 neuen Studienplätzen wurden bisher nur 190 geschaffen, wie aus mehreren Kleinen Anfragen der CDU-Fraktion hervorgeht.

Der CDU-Fachsprecher für Wissenschaft und digitale Wirtschaft, Carsten Ovens, kritisiert die langsame Entwicklung: „Es

ist ein fataler Zwischenstand für Hamburg, dass wir es nicht schaffen, ausreichend Fachkräfte für unsere Universitäten zu gewinnen.“ Auch die Wissenschaftsbehörde räumt ein, dass die Berufung neuer Professuren herausfordernd sei. Das liege vor allem an der bundesweit starken Nachfrage nach Hochschullehrer*innen in der

„Es ist ein fataler Zwischenstand, dass wir es nicht schaffen, ausreichend Fachkräfte für unsere Universitäten zu gewinnen“

Carsten Ovens, CDU-Sprecher für Wissenschaft

Informatik. „Die Hochschulen müssen daher teilweise neue Verfahren aufsetzen“, erklärt die Sprecherin der Wissenschaftsbehörde Anne-Kathrin Herrmann. Mit weniger Professuren entstehen auch weniger Studienplätze.

Der CDU-Abgeordnete Ovens sieht noch einen weiteren Grund für die schleppende Besetzung: „Die Gremien innerhalb der Universität sind sehr langsam. Sie brauchen viel Zeit, um beispielsweise Schwerpunkte für Professuren festzulegen.“ Um solche Prozesse zu beschleunigen, müsse der Senat auf die Hochschulen einwirken. „Die Vergabe von Fördermitteln könnte an Fristen geknüpft werden“, schlägt Ovens vor.

Bisher wurden fünf Millionen Euro für „ahoi.digital“ abgeru-

fen. Der Senat stellt insgesamt 9,7 Millionen Euro zur Verfügung. Von den Geldern profitieren bislang vier Hochschulen: die Universität Hamburg, die Technische Universität Hamburg, die Hochschule für Angewandte Wissenschaften und die HafenCity Universität.

Mit dem Programm folgt der Hamburger Senat der Empfehlung des Wissenschaftsrats. Dieser hatte empfohlen, eine Kooperationsplattform für die Informatik in Hamburg einzurichten und auch die Wirtschaft einzubeziehen. Denn auch der Transfer von der Forschung zur Wirtschaft könnte besser laufen. Das bestätigt auch Wissenschaftsbehördensprecherin Herrmann: „Hier hat Hamburg noch erhebliches Entwicklungspotential.“

nachrichten

Klimaplan verzögert sich

Der Anfang Dezember vom Senat beschlossene Klimaplan kann nicht wie geplant von der Bürgerschaft verabschiedet werden. Das vorgesehene Verbot von Öl- und Stromheizungen sowie die Beschränkungen für Klimaanlagen dürften erst dann Gesetz werden, wenn die EU drei Monate zuvor informiert worden sei, erklärte die Umweltbehörde in einem Schreiben an Bürgerchaftspräsidentin Carola Veit (SPD). Das Verfahren zur Information der EU-Kommission leitete der Senat am 20. Dezember ein. Damit kann das Gesetz in der ursprünglichen Fassung nicht mehr vor der Bürgerschaftswahl am 23. Februar verabschiedet werden. Der Klimaplan sieht mehr als 400 Maßnahmen vor, mit denen der CO₂-Ausstoß Hamburgs bis 2030 gemessen am Wert von 1990 um 55 Prozent gesenkt werden soll. (dpa)

Festhalten an der Schuldenbremse

Der Hamburger Senat hat sich zur gesetzlichen Schuldenbremse bekannt und seine Verbindlichkeiten im vergangenen Jahr um einen Rekordbetrag zurückgeführt. Mit einer Tilgungsleistung von 1,1 Milliarden Euro seien mehr Schulden zurückgezahlt worden als jemals zuvor, teilte Finanzsenator Andreas Dressel (SPD) am Dienstag in der Hansestadt mit. (dpa)

Kran zerreißt Stromkabel

Ein Schweißkran ist im Hafen im Bereich der Rethedamm mit einer Hochspannungsleitung kollidiert. Wie Polizei, Netzbetreiber und Feuerwehr berichten, hat der Kran am Dienstagmittag die über das Wasser gespannte Leitung zerissen. Wegen des Einsatzes sei der Rethedamm zunächst für den Verkehr gesperrt worden. Verletzt wurde niemand. (dpa)